**Gemeindeerlass zum Bezug von Betreuungsgutscheinen für die familienergänzende
Kinderbetreuung im Vorschulalter in der Stadt Adliswil**

August 2019

I. Allgemeines

Art. 1 Zweck

¹ Die Stadt Adliswil unterstützt die familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter. Ziel ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit bzw. Ausbildung sowie im Bedarfsfall die Verbesserung der sozialen und sprachlichen Integration von Kindern zu fördern.

² Die Organisation und Finanzierung familienergänzender vorschulischer Kinderbetreuung ist grundsätzlich Aufgabe der Erziehungsberechtigten. Der Besuch einer familienergänzenden Einrichtung soll bei Bedarf jedoch allen Kindern unabhängig von der finanziellen Situation der Erziehungsberechtigten möglich sein.

³ Die Stadt Adliswil erbringt dazu finanzielle Leistungen im Rahmen von Betreuungsgutscheinen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten.

Art. 2 Gesetzliche Bestimmungen

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz des Kantons Zürich (KJHG) verpflichtet die Gemeinden, für ein bedarfsgerechtes Angebot an familienergänzender Betreuung von Kindern im Vorschulalter zu sorgen, die Elternbeiträge unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern festzulegen und eigene Beiträge zu leisten (§ 18 KJHG)

Art. 3 Definition

Der Betreuungsgutschein ist eine finanzielle Leistung der Stadt Adliswil, welche die Nutzung von Kindertagesstätten sowie von Leistungen durch Tageselternorganisationen in Adliswil für Kinder im Vorschulalter vergünstigt.

II Grundlagen

Art. 4 Anforderungen an Kindertagesstätten

¹ Betreuungsgutscheine werden für die Betreuung in Kindertagesstätten in der Stadt Adliswil ausgerichtet, welche die folgenden Mindestanforderungen erfüllen, d.h. sie

- a) verfügen über eine gültige Betriebsbewilligung;
- b) halten die Qualitätsstandards gemäss den kantonalen Krippenrichtlinien und den Vorgaben der Sozialkommission Adliswil ein;
- c) erbringen die Betreuung zur Hauptsache in deutscher Sprache.

² Betreuungsgutscheine werden für die Betreuung bei Tageseltern in der Stadt Adliswil ausgerichtet, welche bei einer Tageselternorganisation angegliedert sind, die Mitglied des Verbands kibesuisse ist und sich an die dort vorgegebenen Standards hält.

Art. 5 Anspruchsberechtigung

Anspruch auf Betreuungsgutscheine haben Erziehungsberechtigte mit gesetzlichem Wohnsitz in der Stadt Adliswil, wenn folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:

a) Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensmonat bis zum Eintritt in den obligatorischen Kindergarten, für die ein Betreuungsplatz in einer von der Stadt zu Entgegennahme von Betreuungsgutscheinen anerkannten Kindertagesstätte gem. Art. 4 vorhanden ist;

- b) Mindestbetreuungsumfang von einem Tag oder zwei halben Tagen pro Woche;
- c) Vorliegen einer für die Berechnung des massgebenden Einkommens erforderlichen neuesten rechtskräftigen Steuerveranlagung, die nicht älter als zwei Jahre sein darf bzw. Vorliegen aktueller Angaben zu Vermögen und Einkünften bei Quellensteuerpflicht.
- d) Massgebendes Einkommen, das den vom Stadtrat festgelegten Maximalbeitrag nicht übersteigt;
- e) Vorhandensein von: Erwerbstätigkeit, Studium, Ausbildung, Arbeitssuche (in der Regel Anmeldung bei der Arbeitslosenversicherung) bzw. Vorliegen einer sozialen Indikation, welche durch eine von der Stadt Adliswil anerkannte Institution bzw. die mit der Prüfung beauftragte Abteilung bestätigt wird. Die (Erwerbs)Tätigkeit muss bei Alleinerziehenden im Minimum 20 oder mehr Prozent und bei Paaren (zwei Erziehungsberechtigte bzw. Erziehungsberechtigte/r mit Partner/in im selben Haushalt) 120 oder mehr Prozent betragen. Das für den Betreuungsgutschein anzurechnende Betreuungspensum richtet sich nach dem effektiven Bedarf. In der Regel ist an den Tagen, an denen eine Betreuung beansprucht wird, einer der oben erwähnten Tätigkeiten nachzugehen. Der Stadtrat regelt die Details.

Art. 6 Antragsstellung

- ¹ Die Erziehungsberechtigten reichen der zuständigen Stelle mit dem dafür vorgesehenen Formular einen Antrag auf Betreuungsgutscheine sowie die notwendigen Unterlagen ein. Ein Anspruch kann nicht rückwirkend geltend gemacht werden.
- ² Mit dem Antrag wird der zuständigen Stelle und den involvierten Amtsstellen (insbesondere der Abteilung Steuern) die Ermächtigung erteilt, die zur Berechnung des Betreuungsgutscheins notwendigen Daten unter Wahrung des Daten- und Persönlichkeitsschutzes zu ermitteln und auszutauschen.
- ³ Die zuständige Stelle legt die Höhe der Betreuungsgutscheine in einer Verfügung fest.
- ⁴ Der Antrag ist jährlich zu erneuern.

III. Berechnungsgrundlagen

Art. 7 Umfang der Betreuungsgutscheine

- ¹ Ausschlaggebend für die Bemessung der Höhe der Betreuungsgutscheine ist das für den Betreuungsgutschein anzurechnende Betreuungspensum gem. Art. 5 lit. e).
- ² Die Höhe der Betreuungsgutscheine richtet sich zudem nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Familie. Es findet eine einkommens- und vermögensabhängige Abstufung statt. Der Stadtrat regelt die Einzelheiten der Bemessung und die Höhe der Betreuungsgutscheine.
- ³ Der Betrag des Betreuungsgutscheins darf nicht höher sein als der Elterntarif der Kindertagesstätte oder der Tageselternorganisationen.
- ⁴ Die Erziehungsberechtigten haben in jedem Fall eine vom Stadtrat festgelegte Eigenleistung pro Betreuungstag selber zu finanzieren.
- ⁵ Finanzielle Beiträge von Dritten (z.B. Arbeitgeber) an die familienergänzende Kinderbetreuung werden bei der Berechnung der Betreuungsgutscheine abgezogen.

Art. 8 Massgebendes Einkommen

¹ Das massgebende Einkommen ergibt sich aus dem steuerbaren Einkommen und einem Anteil des steuerbaren Vermögens, der vom Stadtrat festgelegt wird.

² Das massgebende Einkommen wird aufgrund der jeweils neuesten rechtskräftigen Steuerveranlagung festgelegt.

³ Erziehungsberechtigte, die der Quellensteuer unterstehen, haben eine Kopie der jeweils aktuellsten Einkommens- und Vermögensnachweise einzureichen.

⁴ Erziehungsberechtigte, deren Einkommens- und Vermögensverhältnisse in der Zeit von Trennung und Scheidung noch nicht geregelt sind, haben eine Kopie der jeweils aktuellsten Einkommens- und Vermögensnachweise analog den Steuererklärungen und eine Kopie des Trennungs –oder Scheidungsurteils einzureichen.

⁵ Spezialfälle werden vom Stadtrat geregelt.

⁶ In begründeten Härtefällen kann der von den Erziehungsberechtigten zu leistende Mindestbeitrag weiter reduziert bzw. erlassen werden. Ein Härtefall liegt vor, wenn das verfügbare Haushaltseinkommen abzgl. der für die Betreuung zu leistenden Elternbeiträge unter die Anspruchsgrenze für Sozialhilfe gemäss Zürcher Sozialhilfegesetz und SKOS-Richtlinien fällt.

Art. 9 Änderung der Verhältnisse

¹ Die Erziehungsberechtigten sind verpflichtet, Änderungen des massgebenden Einkommens um mindestens 25 %, jede Änderung des Betreuungsumfangs sowie die Beendigung des Betreuungsverhältnisses innert Monatsfrist der zuständigen Stelle zu melden.

² Wird die aktuelle Leistungsfähigkeit eines Haushalts und dadurch das massgebende Einkommen durch eine Änderung in den persönlichen oder beruflichen Verhältnissen um mindestens 25% beeinflusst, wird das massgebende Einkommen neu berechnet.

Art. 10 Auszahlung und Rückforderung

¹ Die Betreuungsgutscheine werden monatlich an die Erziehungsberechtigten ausbezahlt.

² Kommen die Erziehungsberechtigten ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Betreuungsinstitution wiederholt nicht nach, entfällt in der Regel der Anspruch auf Betreuungsgutscheine. In begründeten Ausnahmefällen kann eine Auszahlung der Betreuungsgutscheine direkt an die Betreuungsinstitution erfolgen.

³ Ungerechtfertigte Auszahlungen in Bestand und Höhe können von der zuständigen Stelle zurückgefordert werden. Der Rückerstattungsanspruch verjährt innert 10 Jahren nach Vorliegen der rechtskräftigen Steuerveranlagung für das betreffende Bezugsjahr.

⁴ Bei Erfüllung der Voraussetzungen besteht der Anspruch auf Betreuungsgutscheine nach Einreichung des vollständigen Antrags, jedoch frühestens bei Beginn des Betreuungsverhältnisses und längstens bis zum Ablauf eines Jahres.

Art. 11 Beendigung des Anspruchs

Der Anspruch auf Betreuungsgutscheine endet,

- a) wenn die Anspruchsberechtigungen gem. Art. 5 nicht mehr erfüllt sind;
- b) wenn keine Betreuungsleistungen mehr bezogen werden.

- c) bei Wegzug der Leistungsbeziehenden aus der Stadt Adliswil auf Ende des Wegzugsmonats
- d) wenn die Erziehungsberechtigten ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Betreuungseinrichtungen nicht nachkommen. Vorbehalten bleibt in begründeten Fällen der Entscheid der direkten Auszahlung an die Betreuungseinrichtung gem. Art. 10 Ziff. 2.

IV. Inkraftsetzung

Art. 12 Schlussbestimmungen

¹ Der Stadtrat erlässt die notwendigen Ausführungsbestimmungen inkl. Tarifordnung.

² Dieser Gemeindeerlass tritt per **[Datum]** in Kraft.